

Frontex, Mauern und Screening Centres. Die Entwicklung des euro-griechischen Migrationsregimes

Irreguläre Migration nach Europa ist und bleibt ein Dauerbrenner in den Medien, wengleich auch immer unter einer problematisierenden, bestenfalls viktimisierenden Perspektive. Mitte Februar beherrschte die Ankunft zumeist tunesischer MigrantInnen in Lampedusa die europäischen Schlagzeilen. Im Zuge der erfolgreichen Revolution hatte sich ein kleines Zeitfenster geöffnet, in dem die tunesischen Sicherheitskräfte ihrer Rolle im Externalisierungsprojekt¹ des europäischen Grenzregimes nicht mehr nachkamen und eine Ausreise nach Lampedusa möglich war. Diese von der italienischen Regierung zu einem "Migrationsstrom biblischen Ausmaßes" hochstilisierte Situation löste damit die den ganzen Winter anhaltende Berichterstattung über die *border crossing*-Aktivitäten an der türkisch-griechischen Landgrenze am Fluß Evros/Meriç ab.

Schon das ganze Jahr 2010 kam es dort in Griechenland zu vielfachen irregulären Überschreitungen der europäischen Außengrenze. Seit Oktober 2010 wagten nochmals mehr MigrantInnen den Sprung in den Schengenraum. Für Januar bis Oktober 2010 sind 44.000 Festnahmen nach der Grenzüberschreitung dokumentiert (Frontex 2010). Doch auch schon in den Jahren zuvor war dieser Teil der europäischen Außengrenze der durchlässigste, wenn auch immer wieder an verschiedenen Stellen. Zentraler Grund für diese Entwicklung war das Stocken des Externalisierungsprozesses in Richtung Türkei, und dies mit gutem Grund. Die türkische Regierung verfolgt mit großer Aufmerksamkeit, wie die Staaten im geographischen Zentrum der EU die politische Verantwortung für die 'Bekämpfung' (Angela Merkel) der irregulären Migration und die Folgen dieses unerklärten Krieges an die Länder an der EU-Außengrenze delegiert hat.

Angesichts dieser Konstellation, eingebettet in den größeren Rahmen der Krise der griechischen Staatsfinanzen, kam es 2010 zu einer *de facto* Kapitulation des griechischen Staates vor der Bewegung der Migration. Dass die Lage der MigrantInnen in Griechenland nichtsdestotrotz immer prekärer wurde, steht dem keineswegs entgegen. Über den Sommer 2010 ist es zu einem *Reboot* des Migrationsregimes in Griechenland gekommen dessen erste Folgen nun absehbar werden (Ibrahim et al 2010).

Im Oktober 2009 löste die vormals oppositionelle sozialistische Partei (PASOK) die konservative Partei an der Macht ab. Die neue Regierung verfolgte von Anfang an eine wesentliche Umorientierung in der Migrationspolitik und ging diese anfangs mit unerwarteter Geschwindigkeit an. So passierte schnell ein Staatsbürgerschaftsgesetz das Parlament, welches zum *ius soli*-Prinzip² überging und damit erstmals MigrantInnen den Erwerb der griechischen Staatsbürgerschaft ermöglichte. Auch eine Legalisierung von bis zu 200.000 MigrantInnen schien damals eine Absicht der Regierung gewesen zu sein (vgl. US-Botschaft Athen 2009, 2010a, 2010b). Diese zögerlich-progressive Politik, weiter verlangsamt durch die Schuldenkrise des griechischen Staates, sollte jedoch ergänzt werden durch eine verschärfte repressive Politik angesichts der irregulären Migration, die sich vor allem in einer Modernisierung der politischen Instrumentarien einerseits und der Europäisierung der griechischen Migrationspolitik andererseits ausdrückte.

Für die erste Hälfte des Jahres 2010 war zu beobachten, dass die Praxis, irreguläre MigrantInnen irrespektiv ihres Willens, einen Asylantrag zu stellen, unter menschenrechtswidrigen Bedingungen zu

1 Vorverlagerung der Grenzkontrollen und Einbeziehung der Nachbarstaaten der EU in die Migrationskontrolle

2 Staatsbürgerschaftsrecht auf Basis der Geburt auf dem Territorium des Nationalstaats. Im Gegensatz zum Abstammungsprinzip *Ius Sanguinis*

internieren, faktisch zum Erliegen gekommen war. Dies war 2009 noch anders, doch nicht zuletzt die Revolten im berüchtigten Knast von Pagani während und nach dem dortige Noborder Camp³ im Sommer 2009 sowie die internationale Skandalisierung der Situation ließen der neuen Regierung keine Wahl.

Schon im Frühjahr 2010 hatten sich die Migrationsrouten weg von den Inseln der Ägais und hin zur Landgrenze im Norden verlagert. Am 26.8.2010 erging aus Athen die Anordnung, die gesetzlich maximal mögliche Internierungsdauer für irreguläre MigrantInnen anzuwenden, welche über das griechisch-türkische Rückübernahmeprotokoll abgeschoben werden können. Dies resultierte in vielfach überbelegten Knästen, eine fabrizierte humanitäre Katastrophe bahnte sich an. Diese lieferte im Oktober 2010 den perfekten Bühnenhintergrund für eine Premiere: Am 24.10.2010 aktivierte die griechische Regierung den Mechanismus der Schnelleingreiftruppen RABITs der europäischen Grenzschutzagentur Frontex und europäisierte damit effektiv die griechisch-türkische Grenze. Binnen einen Monats fanden sich rund 200 Grenzschützer aus den unterschiedlichsten EU-Mitgliedsstaaten ein, um im Rahmen der Frontex-Operation *Poseidon* den griechischen Grenzschutz zu verstärken.

Frontex hat die Praxis des Grenzschutzes nach unserem Dafürhalten nicht wesentlich verändert. Die Agentur hat vor allem eine technische Modernisierung des Grenzschutzes betrieben. Der Skandal ist jedoch die Beteiligung von Frontex an dem menschenunwürdigen Internierungssystem sowie die Bereitstellung von so genannten *Befragern*, die die Identität der MigrantInnen klären sollen, um ihre Abschiebung in die Türkei zu beschleunigen. Aufgrund des starken Winters und der teilweisen verstärkten Kontrollen der türkischen Polizei sind die irregulären Grenzübertritte tatsächlich zurückgegangen, eine Entwicklung, die gerne Frontex zugeschrieben wird, auch wenn dieser Zusammenhang nicht belegt ist. Die griechische Regierung hat durch die inszenierte Krise jedenfalls die europäische Öffentlichkeit erreicht, und kann auf weitere operative wie auch finanzielle Unterstützung von Seiten der EU zählen.

Der rhetorische Höhepunkt der Mobilisierung des griechischen Staates gegen die Migration war die Ankündigung des griechischen Polizeiministers vom 1.1.2011, einen Zaun an der Grenze errichten zu wollen. Nach vielfältiger Kritik wurde der Plan zwar nicht komplett aufgegeben, aber auf ein kleines, jedoch relevantes Teilstück im Norden der über 200 km langen Grenze beschränkt. Die EU-Kommission kommentierte das Vorhaben damit, dass Zäune und Mauern lediglich eine kurzfristige Maßnahme seien, die keinen wirklichen Beitrag dazu leisteten, die Herausforderung der Migration in einer allgemeinen und strukturierten Art und Weise anzugehen⁴.

Genau dies soll jedoch das neue Asylgesetz leisten, welches am 12.1.2011 verabschiedet wurde⁵. Bis dahin lag das Asylsystem brach, war zeitweise auch außer Kraft gesetzt. Eine Asylantragstellung war praktisch unmöglich, und es stauten sich rund 50.000 Fälle, welche seit Jahren nicht bearbeitet wurden. Auch verschiedene Versuche, das System über Präsidialerlasse zu flicken, sind gescheitert. In einem aufsehenerregenden Urteil hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte am 21.1.2011 festgestellt⁶, dass das griechische Asylsystem faktisch nicht-existent ist und hat damit Dublin II-Abschiebungen nach Griechenland geächtet. Das gesamte Dublin II-System⁷ steht zur Disposition.

3 <http://w2eu.net>

4 <http://www.itnsource.com/shotlist/RTV/2011/01/04/RTV19911/?setlng=true&save=Save&v=1&a=0>

5 <http://w2eu.net/2011/01/13/greek-parliament-approves-new-migration-legislation/>

6 <http://dublin2.info/2011/01/egmr-mss-belgien-griechenland/>

7 Die Dublin II-Verordnung regelt die Zuständigkeit für die Durchführung eines Asylverfahrens in der EU und hat de facto dazu geführt, dass die EU-Mitgliedsstaaten im Süden für die meisten Asylverfahren zuständig sind.
<http://dublin2.info>

Nach dem neuen Gesetz soll nun eine eigenständige griechische Asylbehörde, vergleichbar mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Deutschland aufgebaut werden. Bisher lag diese "Kompetenz" bei der Polizei. Schwerer wiegt jedoch unserer Einschätzung nach, dass der Bau von so genannten *Screening Centres* vorgesehen ist. Diese sollen im Wesentlichen eine Sortierung zwischen "legitimen" AsylantragstellerInnen, "illegalen" MigrantInnen und besonders schutzbedürftigen Gruppen vornehmen. Diese *Screening Centres* in Verbindung mit einem ebenfalls sich im Aufbau befindlichen Abschiebesystem soll Druck erzeugen und wird dazu führen, dass irreguläre MigrantInnen sich dem Asylsystem unterordnen müssen und so zu AsylbewerberInnen werden. Damit soll die staatliche Souveränität über die Bewegung der Migration wiederhergestellt werden (Welcome To Europe 2010). Denn diese hat bisher kaum existiert, mit den dokumentierten Folgen für Griechenland und in der Tat das gesamte europäische Asylsystem.

Diese Entwicklungen sind bisher nur im Ansatz erkennbar. Entscheidend wird sein, welche Praxis sich am Ende tatsächlich ergeben wird. Am 25. Januar 2011 sind in Griechenland 300 MigrantInnen – größtenteils aus Ländern des Maghreb – in einen Hungerstreik getreten, um die Legalisierung und rechtliche Gleichstellung aller ArbeitsmigrantInnen und Flüchtlinge in Griechenland zu erkämpfen⁸. Sie haben damit einen neuen Kampfzyklus eröffnet, welcher nicht mehr die Frage nach Asyl und Schutz aufwirft, sondern grundlegende politische und soziale Rechte für die BürgerInnen Europas ohne europäische Staatsangehörigkeit einfordert⁹.

Aida Ibrahim, Bernd Kasperek

- Hess, Sabine/ Kasperek, Bernd (2010): Grenzregime. Diskurse, Praktiken, Institutionen in Europa. Assoziation A
- Ibrahim, Aida/ Kasperek, Bernd/ Tsianos, Vassilis (2010): Reboot of the Migrationsregime. Im Jahr Eins nach dem Flüchtlingsknast Pagani. Arranca! #43
- Frontex (2010): Frontex Press Kit. Current migratory situation in Greece. 29. Oktober 2010
- US-Botschaft Athen (2009). New Government Tackles Migration and Asylum Issues. 09ATHENS1685. 4. Dezember 2009. <http://wikileaks.ch/cable/2009/12/09ATHENS1685.html>
- US-Botschaft Athen (2010a). 10ATHENS57. 10. Januar 2010. <http://wikileaks.ch/cable/2010/01/10ATHENS57.html>
- US-Botschaft Athen (2010b). Hellenic Police Chief on Security Service Reorganization, Migration, C/T Cooperation. 10ATHENS59. 1. Februar 2010. <http://wikileaks.ch/cable/2010/02/10ATHENS59.html>
- Welcome To Europe (2010): Screening, Detention, Centres. 27. Juli 2010. <http://w2eu.net/2010/07/27/screening-detention-centres/>

8 <http://w2eu.net/2011/01/18/300-migrants-hunger-strike-greece/>

9 <http://w2eu.net/2011/01/25/legalisation-equal-rights-now/>